Signatur:	2025.SR.0182
Geschäftstyp:	Postulat
Erstunterzeichnende:	Michael Ruefer (GFL), Alexander Feuz (SVP)
Mitunterzeichnende:	Mirjam Roder, Tanja Miljanovic, Carola Christen, Francesca Chukwunyere, Michael Burkard, David Böhner, Matteo Micieli, Tobias Sennhauser, Laura Curau, Michelle Steinemann, Nicolas Lutz
Einreichedatum:	12. Juni 2025

Postulat: Nach Nein zur Variante Bundesgasse-Kochergasse: Die Stadt soll die Optimierung des ÖV-Netzes im Stadtzentrum unabhängig überprüfen

Prüfauftrag

Dem Gemeinderat wird folgender Prüfauftrag erteilt:

1. Mit einem Gesamtverkehrskonzept, einem unabhängigen Verkehrsgutachten (öV, Fuss-, Veloverkehr, MIV) oder einem vergleichbaren Instrument sollen nach dem Nein zur Variante Bundesgasse-Kochergasse die stadtverträglichen Optionen für den ÖV in der Innenstadt noch einmal grundsätzlich überprüft werden (Entlastung Hauptgassen, Anzahl Tramäste)
2. Dabei sind insbesondere aktualisierte Verkehrsnachfrage-Prognosen /-szenarien und Aspekte der Verkehrsverlagerung (vom öffentlichen Verkehr hin zum Fuss- und Veloverkehr) zu berücksichtigen.

Begründung

Nach dem Nein des Bundes zu Variante 3 (Bundesgasse-Kochergasse) im Rahmen der vertieften Überprüfung / ZMB einer 2. Tramachse Innenstadt bleiben in einer weiterlaufenden Prüfung der Regionalkonferenz Bern-Mittelland nur noch 2 Varianten übrig, die städtebaulich zu massiven Eingriffen führen würden. Sie wurden von der Stadtbildkommission abgelehnt und auch durch den Gemeinderat noch im Oktober 2024 als «nicht vertretbar» verworfen, da eine weitere Belastung des Bubenberg- und Bahnhofplatzes als nicht opportun und inkompatibel mit der städtebaulichen Entwicklung im Zusammenhang mit «Stadtraum Bahnhof» erachtet wird. Der Gemeinderat selbst hatte bei seiner Mitwirkungseingabe angeregt, sich über grundsätzliche Alternativen Gedanken zu machen, insbesondere falls sich Variante 3 nicht realisieren lässt - und auch im Detail ausgeführt, dass Varianten 1 und 2 für ihn nicht infrage kommen. Aufgrund der Mitwirkung zeichnet sich zudem klar ab, dass eine Weiterverfolgung, der verbleibenden Optionen nicht zielführend und politisch chancenlos sein dürften.

Die Dringlichkeit wurde vom Büro des Stadtrats abgelehnt.